

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannstraße 33.
Besuchstunden der Redaction:
Donnerstag 10-12 Uhr.
Freitag 4-6 Uhr.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Literate an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/9 Uhr.
In den Städten für Post-Annahme:
Otto Klein, Universitätsstr. 22,
Sondt Adolph, Rathhausstr. 15, p.
nur bis 1/8 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,500.

Abonnementspreis viertelj. 4/2, 3/4,
incl. Beleglohn 6 Bzl.,
durch die Post bezogen 6 Bzl.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Beleglohn 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbeförderung 25 Bzl.
mit Postbeförderung 45 Bzl.
Inserate 5 Gsch. Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis. — Tabellarischer
Satz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsdruck
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pränumerando
oder durch Postnachschuß.

Nr. 146.

Samstag den 26. Mai 1878.

72. Jahrgang.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch am 29. Mai a. c. Abends 7/7 Uhr im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung:

- I. Gutachten des Oekonomi-, Bau-, Stiftungs- und des Finanz-Ausschusses über a. die Weiterführung und Bebauung der Steppandstraße, der Sternwartenstraße und der Ulrichsstraße im Johannisballe; b. den Antrag wegen Erhaltung des Johannisbales u.; c. Wiederaufbebauung des Beschlußes wegen Anlage von Nachgärten auf der sogenannten Sauweide und eines desfalls mit dem Johannisballe getroffenen Tauschabkommens.
- II. Gutachten des Bau- und Oekonomi-Ausschusses über den Verkauf von Bauplätzen a. an der Bismarckstraße, b. an der Harvorstraße und an der Kleinen Burggasse, c. an der Uferstraße und an der verlängerten Nordstraße.
- III. Gutachten des Oekonomi- und Bau-Ausschusses über die Behandlung der Baupolizei-Sachen.
- IV. Gutachten des Verfassungs-Ausschusses über a. den Antrag wegen Festsetzung von Geschäftsordnungen für die gemischten Ausschüsse, b. die Anrechnung persönlicher Gehaltszulagen bei Gewährung von Pensionen.
- V. Gutachten des Verfassungs- und Schulausschusses über Pensionsgewährung an die Wittve eines Schulaufwärters.

Bekanntmachung.

Es sollen in der Berliner Straße zwischen der Eutritzer Straße und etwa 200m östlich der Blücherstraße circa 606 qd. Meter Granitpfeiler angeliefert, gelegt und an einen Unternehmer in Accord verdingt werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserem Bauamt, Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 1, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Beständige Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift: „Schweinelegung in der Berliner Straße“ versehen, ebendasselbst und zwar bis zum 31. Mai d. J., Nachmittags 6 Uhr, einzureichen.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Baumann.

Wegen Reinigung der Räume bleibt die Stadtkasse für
Mittwoch, den 29. dieses Monats,
geschloffen.
Leipzig, den 26. Mai 1878.
Des Raths Finanz-Deputation.

Zusammensetzung der Commission für die Notirung der Getreidepreise.

Nachdem die Herren C. E. Th. Albrecht, G. Curt P. Habbicht und Oscar Senke hier ihre Function als Mitglieder der Commission der Notirung der Getreidepreise niedergelegt haben, sind an deren Stelle von der unterzeichneten Handelskammer die Herren Siegfried Henschel, Adolph Wetzel und Guido Walz gewählt worden.

Leipzig, den 24. Mai 1878.

Bekanntmachung.

Es soll in der Berliner Straße von der Eutritzer Straße bis 200m östlich der Blücherstraße die Fahrbahn gehoben und die Pflasterung mit besetzten Steinen, sowie gleichzeitig die Kanalanpflasterung hergestellt und an einen Unternehmer in Accord verdingt werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserem Bauamt, Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 1, aus und können daselbst eingesehen, resp. entnommen werden.

Beständige Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

Pflasterung in der Berliner Straße
versehen, ebendasselbst und zwar bis zum 31. Mai d. J., Nachmittags 6 Uhr einzureichen.
Leipzig, am 26. Mai 1878.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Baumann.

Bekanntmachung.

Bei hiesiger Armenanstalt haben
Herr Carl Rudolf Grohmann, f. Postleramt, Burgstraße Nr. 9,
für die neugebildete 4. Pflage des Armendistrictes I, Burgstraße Nr. 15-30,
Herr Carl Emil Laubenstein, Kaufmann, Emilienstraße Nr. 1,
für die neugebildete 4. Pflage des Armendistrictes XXV, die Wahlmannstraße,
Herr Carl August Julius Wasse, Kaufmann, Tauchaer Straße Nr. 4,
für die 1. Pflage des Armendistrictes XVIII, an Stelle des Kaufmann Herrn Oscar Wegand, das Armen-
pflageramt übernommen.
Leipzig, den 24. Mai 1878.
Das Armendirectorium.
Schleisner. Henschel.

Leipzig, 26. Mai.

Der Reichstag hat das Socialistengesetz mit erdrückender Majorität abgeworfen, und damit ist eingetreten, was mit uns alle diejenigen gewünscht und erwartet hatten, denen die Freiheit noch nicht zur Bedeutungslosigkeit eines doctrinären Schlagwortes herabgesunken ist und die trotz aller Verhöhnungen unserer öffentlichen Zustände, trotz aller socialistischen Wählerreien noch immer an die Möglichkeit eines freisinnigen, eines auf dem Grunde der Rechtsordnung ruhenden Staatslebens in Deutschland glauben. Der Reichstag hat es abgelehnt, zur Durchsicherung der Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit, dieser werthvollsten Grundbedingungen alles öffentlichen Lebens, die Hand zu bieten, weil — wie der Abgeordnete von Bennigsen meisterhaft ausführte — zu solchen äußersten Mitteln der Nothwehr höchstens dann geschritten werden dürfte, wenn alle gesetzlichen Mittel erschöpft sind, wenn eine Abwehr im Wege der Verfassung und des gemeinen, für Alle gleichen Rechtes sich als unmöglich herausstellt. Der vortreffliche Sprecher unserer Partei, der sich auch diesmal wieder auf der Höhe der Lage zeigte, hat uns da ganz aus der Seele gesprochen. Denn wir in Sachsen, die wir den traurigen Ruf besitzen, auf dem classischen Boden der socialcommunistischen Rebellion zu hausen, wir sind ja seit Jahr und Tag Zeugen gewesen der Lässigkeit und Unzeit, der Inconsequenz und ausfallenden Langmuth, mit der man hier zu Lande oben wie unten der sich immer frecher ausbreitenden Minorarbeit der roten Gefellen zugehört hat. Wie lang und niedrig nahm sich gegenüber den kolossalen Anstrengungen des socialistischen Heerbanes die Selbsthilfe des Bürgerthums, wie schwächlich und vereinzelt die Staatshilfe aus! Das Bürgerthum, Träger und politischer Arbeiter noch mehr als halb als irgendwo, überließ alle Ehre, alle Kraft und Blüthen des Kampfes der Presse und zog es meist vor, den Kampf mit der Socialdemokratie weit vom Schuß, bequem auf dem Kanape sitzend, zu verfolgen. Die Behörden griffen selten ein und jacten die Kasse, wenn man sich über die Schwächen und Beschränkungen der socialistischen Blätter und Versammlungen vollführte wurden und denen zu begnügen auch die vorhandenen Gesetze reichliche Handhaben boten. Was ist nicht Alles gesagt und gesungen worden im „Vorwärts“, in der „Fackel“, in der „Dresd. Volksztg.“, im „Bürger- und Bauernfreund“ und wie diese nichtsnutzigen Brandblätter sonst noch heißen mögen, gegen Kaiser und Reich, gegen unsere Verfassung, unser Parlament, unser Recht u. u., gegen alle Religionen, gegen alle bestehenden Ordnungen! Wie maßlos waren die Äußerungen, die sich in den Versammlungen breit machten! Laus und Anklage boten sich Jahr ein Jahr aus zum Aufschreien! Umsonst! es ging fast Alles unbeliebt durch! Rußten da die verhetzten Massen nicht allmählig in den Glauben kommen, daß sie sich auf einem Boden bewegten, gegen den die Behörden Nichts einzuwenden hätten? Rußten da nicht die Sage sich bilden, daß man in maßgebenden Kreisen der Socialdemokratie nicht allzu gram sei, weil sie ja doch eine genehme Bundesgenossin im Kampfe gegen die angeblichen Kuffungsgründe der nationalen Politik und der führenden Kraft Preußen? Haben etwa die Blätter, die

der Regierung zu Gebote standen, Etwas gethan, um dieser Sage den Boden zu entziehen? Haben sie, wie es ihre Pflicht war, die Bevölkerung vor den socialistischen Verirrungen gewarnt und deren Verantwortlichkeit und Strafbarkeit auch vom Standpunkte der sächsischen Regierung aus betont? Im „Dresdner Journal“, das vom Lande mit schmerzlichen Worten erhalten wird, haben wir nie Etwas der Art gelesen. Die „Leipziger Ztg.“ referirte sogar öfter sehr gewissenhaft über socialistische Versammlungen, ohne die darin vorgebrachten Forderungen zu entkräften. Erst in allerneuester Zeit ließ sie sich herbei, einige Auszüge aus der „Böhmischen Socialcorrespondenz“ abzurufen. Das war Alles. Man wird vielleicht sagen: es ist nicht Sache eines Regierungsblattes, sich in den Kampf der Parteien zu stürzen. Warum hat dann aber dieselbe „Leipz. Ztg.“, welche die Socialdemokratie so objectiv, so glimpflich anfaßte, so viel Feuer und Gift bereit gehabt zur Bekämpfung der Nationalliberalen? War es nicht dieses Blatt, welches die Parole ausgab: „Den Nationalliberalen Kampf bis aufs Messer!“ und hat nicht die Befolgung der reichsfreundlichen Parteien, die man in der Regierungspresse und vom Regierungstische aus in offener Kammer proclamirte, den Reichsfeinden die Bahn zum Siege geebnet? Wenn man so eifrig den Haß gegen die Nationalliberalen schürt, wenn königliche Kammerherren sich nicht scheuen, mit Umfärzeln in Verkehr zu treten, um nur ihr Mißgehen an den Nationalliberalen zu fühlen, wenn bei der Stichwahl in der Residenz, als es sich darum handelt, entweder einen nationalen Mann oder den Vorkämpfer der Commune zu wählen, das Organ der Regierung sich in Schweigen hüllt —, kann man sich dann wundern, wenn die Freunde der sächsischen Regierung dies Alles dann so aufpassen, als sei dieser ein Socialdemokrat lieber als ein Nationalliberaler? Kann man sich wundern, wenn regierungsfremde Blätter, wie die „Dr. Nachrichten“ und die „R. Reichsztg.“, ganz offen die Wahl Bebel's begünstigen, und wenn Kämpfer, die sich auf ihren Conservatismus und ihre Sachkenntnis zu Gute thun, hingeben und einen Zettel für Bebel in die Urne werfen? Dies und nichts Anderes hat gestern der Abg. Kaiser im Reichstage constatirt, und an diesen Thatsachen konnte leider auch die Erklärung unseres Bundesbediensteten, Herrn v. Rositz-Ballwig, Nichts ändern, der nur eine „amtliche“ Begünstigung der Socialdemokratie von Seiten der sächsischen Regierung bestritt — die Wähler gar nicht behauptet hatte. Dieser Abgeordnete war vollkommen berechtigt, die im Uebrigen so unliebsame Erinnerung in die Debatte zu werfen, weil die Conservativen sich in letzter Zeit und auch bei dieser Verathung darin gefielen, und die Liberalen, für die Ausschreitungen der Socialdemokratie verantwortlich zu machen. Solchen Vorwürfen gegenüber war es ganz am Platze, die Conservativen daran zu erinnern, daß sie selbst am allerwenigsten frei von Fehl sind, und daß es nicht gut ist, mit Steinen zu werfen, wenn man in einem Glashause sitzt. Damit mag es denn aber auch sein Bewenden haben; wir sind gewiß weit entfernt davon, nun umgekehrt den Behörden oder den Gegenpartei alle Schuld an den Ausschreitungen der Socialdemokratie aufhalsen zu wollen; wir haben oft genug unseren eigenen Freunden den Spiegel vor-

gehalten und die Unterlassungssünden des freisinnigen Bürgerthums aufgezeigt. Vielmehr sagen wir mit dem Abg. v. Bennigsen und mit der Schrift: „Wir sind allzumal Sänder!“ Und in dieser Erkenntnis unserer gemeinsamen Schuld wollen wir das Vergangene vergangen sein lassen und uns von Neuem die Hand reichen zum gemeinsamen Werke.

Ueber das oben behandelte Thema bringt auch die „N.-Z. C.“ einen Artikel, worin es heißt: „Betreffs des Punctes, auf den allein es ankommt, ob nämlich Wähler der höheren und höchsten Kreise für Bebel ihre Stimmen abgeben haben, gestand Herr v. Rositz seine Unkenntnis zu. Nun läßt sich freilich bei dem allgemeinen Wahlrecht ein juristisch unansehnlicher Beweis nicht führen. Aber schon die Zahlen der Wahlstatistik geben einen sichern Fingerzeig. Bei der ersten Wahl in Dresden links der Elbe, am 10. Januar 1877, wurden abgegeben: 17,347 gültige Stimmen; davon fielen auf den nationalliberalen Candidaten 4375, auf den deutsch-conservativen 3967, auf den Candidaten der Fortschrittspartei 2023, auf den Socialdemokraten 6940. Bei der allmählig zwischen dem Nationalliberalen und dem Socialdemokraten vorgenommenen Stichwahl wurden abgegeben 20,760 gültige Stimmen; von denselben fielen 9925 auf den Nationalliberalen, 10,835 auf den Socialdemokraten. Angesichts der außerordentlichen Anstrengungen, welche die Socialdemokratie schon für die erste Wahl gemacht hatte, ist es schlechterdings undenkbar, daß der Zuwachs der Stimmenzahl des Socialdemokraten um ca. 65 Prozent bei der zweiten Wahl lediglich oder auch nur zum überwiegenden Theile aus der eigenen Partei desselben hervorgegangen sei; er läßt sich nur durch Beihilfe aus dem conservativen oder aus dem fortschrittlichen Lager erklären. Man ist es notorisch, daß die maßgebenden Stimmen der Fortschrittspartei von einem Eintreten für den Socialdemokraten eben so energisch abgehalten haben, wie die conservative resp. particularistische Presse für ein solches, wenn sie es nicht direct anrieth, zum Mindesten eine sehr deutliche Connivenz gezeigt hat. Unter diesen Umständen darf man, auch wenn es nicht ein öffentliches Geheimniß wäre, getrost schließen, daß das Gros der Conservativen in Dresden für den Socialdemokraten gestimmt hat. Und daß zu den Conservativen in Dresden, wie wir behauptet haben, die höchsten Hof- und Staatsbeamten gehören, wird Niemand bestreiten wollen. — Herr von Rositz hat nicht umhin gekonnt, in seiner Bemerkung, so kurz sie war, für diejenigen Conservativen, welche für Bebel gestimmt, milde Worte zu plaidiren. Sie sollen erbittert gewesen sein durch das Auftreten der Nationalliberalen in Dresden. Dagegen ist zunächst einzuwenden, daß der nationalliberale Candidat, Prof. Rayhoff, im Laufe eines sehr gewichtigen Mannes steht. Sodann aber wäre auch die schroffe Betonung des nationalen Programms noch durchaus kein Entschuldigungsgrund für die Unterstützung einer Richtung, welche mit Ausnahmegelesen zu bekämpfen die sächsische Regierung heute für unabwieslich notwendig hält. Gerade diese Umkehrung der Begriffe, welche einen Nationalliberalen für verabschwendungswürdiger hält als einen Socialdemokraten, hat die Socialdemokratie in Sachsen am meisten ge-

fördert. Von einem hochstehenden Manne in Sachsen, der, ohne selbst eigentlich zur nationalliberalen Partei zu gehören, die Dinge in seinem Heimathlande mit unbefangener Auge beobachtet, erhalten wir eine Zuschrift, in welcher es heißt: „Die großartige Entfaltung der Socialdemokratie in Sachsen ist nur dadurch zu erklären, daß in den höheren Kreisen eine zerschlagene, reichsfeindliche, mit der Socialdemokratie hierin verwandte Gesinnung vorherrschend ist und daß man sich in diesen Kreisen offen zu dem Grundsatze bekennt, daß es erst recht schlecht werden muß, wenn es besser werden soll. Man wählt in diesen Kreisen lieber einen Socialdemokraten als einen deutsch gesinnten Liberalen. In Folge dieser Grundsatze ist in der wahrhaft nicht socialdemokratischen Residenzstadt Dresden, nicht etwa durch Indolenz der Wähler, sondern durch die Unterstützung höherer Kreise die Wahl Bebel's durchgebracht worden und es ist daher nicht zu verwundern, wenn die Socialdemokratie immer mächtiger wird und durch solche hohe Unterstützung eine gefährliche Sicherheit bekommt.“ — Es soll uns freuen, wenn die jetzt begonnene allgemeine Bewegung gegen die Socialdemokratie auch die sächsisch-conservativen Kreise zu einer besseren Befolgung ihrer Bürgerpflicht bekehrt.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 26. Mai.

Der Reichstag ist nicht, wie früher mehrfach erwartet worden war, aufgelöst, sondern regelrecht geschlossen worden. Schlußsitzung fand am Freitag Abends 7 1/2 Uhr statt. Nach Erledigung einiger Wahlfragen gab Präsident v. Jordan den üblichen Uebersicht über die vom Reichstag in dieser Session erledigten Geschäfte. Der Abg. Windthorst sprach dem Präsidenten für seine umsichtige, energische und unparteiische Leitung der Geschäfte den Dank des Hauses aus, dessen Mitglieder sich zum Zeichen ihrer Anerkennung von dem Kaiser erhoben. Nachdem Präsident v. Jordan hierfür seinerseits dem Hause gedankt, verlas der Reichskanzleramtpräsident Hofmann eine allerhöchste Disposition, durch welche er ermächtigt wird, den Reichstag zu schließen. Derselbe dankte im Namen des Kaisers und der verbündeten Regierungen für die hingebende Thätigkeit des Hauses und erklärte die Session für geschlossen. Präsident v. Jordan brachte hierauf ein dreifaches Hoch auf den Kaiser aus, in welches die Anwesenden enthusiastisch einstimmten und erklarte die Sitzung für geschlossen.

Es wird in parlamentarischen Kreisen vielfach in Zweifel gezogen, ob die preussische Regierung von dem Dictirungsparagrafen hinsichtlich des Vereins- und Versammlungsrechts Gebrauch machen wird. Vielmehr will man wissen, daß der Justizminister und der Minister des Innern, unter Bezugnahme auf die in diesen beiden Tagen im Reichstage stattgehabten Verhandlungen, durch Generalbefugung die Staatsanwälte, die Verwaltungsbehörden und die Organe der Polizei anweisen werden, mit äußerster Strenge gegen die Ausschreitungen der Socialdemokraten, sei es auf dem Gebiete der Presse oder des Vereins- und Versammlungsrechts ungenügend und energisch einzuschreiten. In Anbetracht der bevorstehenden Maßregeln ist seitens des Vorstandes der social-